

Resolution zum Mindestlohn laut Plenums-Beschluss vom 29. März 2007

Für einen menschenwürdigen Mindestlohn von 10 Euro

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland garantiert die unantastbare Würde des Menschen. Die Menschenwürde wird ohne ein menschenwürdiges Auskommen verletzt. Armut ist von einem bestimmten Grad an grundgesetzwidrig.

Ein Leben in Würde und Freiheit bedeutet Sicherung der Grundbedürfnisse Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung und medizinische Versorgung. Darüber hinaus gehört die Teilhabe an kulturellen Gütern, Zugang zu Informationen und Mitwirkung an demokratischen Entscheidungsprozessen unabdingbar zu den Grundrechten eines jeden Menschen. Die Ausgrenzung von immer mehr Menschen aus der Gesellschaft gefährdet den demokratischen Rechtsstaat.

In unserer Gesellschaft werden Reiche reicher, Arme ärmer – und die Zahl der Armen wächst ständig. Diese Entwicklung bedroht den sozialen Frieden. Auch eine demokratisch noch gefestigte Gesellschaft erträgt nur ein begrenztes Maß an sozialen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten. Dieses Maß wird bei uns bereits millionenfach überschritten. Im Jahr 2003 betrug das Privatvermögen in Deutschland über 5 Billionen Euro, im Durchschnitt pro Haushalt ca. 130 000 Euro. 0,5 Promille der Bevölkerung verfügen über 25 Prozent des Gesamtvermögens in Deutschland.

Zweieinhalb Millionen Vollbeschäftigte in Deutschland erhalten heute einen Hungerlohn zwischen vier und sechs Euro. Davon kann kein Mensch leben! Anfang 2005 gewährten 18 der 25 EU-Staaten einen gesetzlichen Mindestlohn, der aber nur zum Teil ein menschenwürdiges Auskommen sichert.

Bei den derzeitigen Kosten für den Lebensunterhalt bei uns ist ein Mindestlohn von zehn Euro das unterste zu verantwortende Limit für ein menschenwürdiges Leben.

Wir fordern die Verantwortlichen in der Politik auf, ihren Eid auf das Grundgesetz ernst zu nehmen, wirtschaftliche Macht zu begrenzen und für soziale Gerechtigkeit zu arbeiten. Wenn die Wirtschaft immer mehr Menschen in menschenunwürdige Armut ausgrenzt, ist der Gesetzgeber gefordert. Wir fordern den Gesetzgeber auf, Recht zu schaffen, das dem Grundgesetz entspricht. Wir appellieren an die demokratische Verantwortung aller Bürgerinnen und Bürger, das in ihrer Macht Stehende gegen den Verfall der Solidarität und die Gefährdung des sozialen Friedens zu tun und sich dafür einzusetzen, dass kein Mensch mehr von einem menschenwürdigen Leben ausgegrenzt wird.

Unterstützen Sie unsere Forderung nach einem Mindestlohn von 10 Euro!

V.i.S.d.P.

Johann Kuttner